

Vor zehn Jahren

Rundgebung des Kieler Soldatenrates am 5. November 1918

Rundgebung: Kameraden! Der geistige Tag wird in der Geschichte Deutschlands ewig denkwürdig sein.

Große Aufgaben liegen vor uns. Aber damit sie erfüllt werden können, ist Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung notwendig.

Ihr habt einen Soldatenrat eingesetzt, der einmütig mit dem Arbeitererrat handelt. Folgt seinen Anweisungen und Beschlüssen, sorgt für Ruhe und Ordnung.

Die in später Abendstunde beim Generalgouvernement unter Beisein des sozialdemokratischen Abgeordneten Koste und des Staatssekretärs Jahnmann erreichten Erfolge sind:

- 1. Jahnmann nimmt unsere Forderungen an und verspricht beschleunigte Durchführung bei der Regierung.
2. Sofortiges Abbrechen sämtlicher gegen unsere Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen.
3. Hinwirken zum Einlaufen der Flotte.
4. Unter Mitwirkung eines Arbeiterrates werden dem Soldatenrat die Akten der noch in Haft Befindlichen vorgelegt...

14. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.

Diese Forderungen sind für jede Militärperson Befehle des Soldatenrates.

Der Soldatenrat. Kieler Zeitung, 5. November 1918.

Der Weg des Verrats

Man hat uns seitens der Entente wissen lassen, daß man nur mit einer Regierung Frieden macht, von der man weiß, daß sie die Mehrheit des Volkes hinter sich hat.

(Scheidemann am 6. November 1918.)

Boncour hat's nicht nötig!

Unter dem Druck der Arbeiter verlangt die SPD Rechenschaft von Boncour - Dieser verweigert Antwort

Der Vorstand der Sozialistischen Partei hat Paul Boncour, den sozialdemokratischen Botschafter in Frankreich, zum 11. November zur Berichterstattung über seine Haltung auf der letzten Genfer Tagung vorgeladen.

Stahlhelmer müssen von Landjägern abtransportiert werden

Am Sonntag fand in Hoheneuborf bei Oranienburg eine Stahlhelmerfeier statt. Als die Teilnehmer hörten, daß in der Nähe 5 Raketen mit Kommunisten hielten, ließen sie sich auf Landpropaganda beschränken.

Gebering bereitet den Krieg vor!

Die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung konstatiert es - Der „Lustschuß“ bezweckt Militarisierung der Bevölkerung

Zwei Tatsachen

Erstens: Der Sozialdemokrat Gebering hat dieser Tage eine amtliche Mitteilung herausgegeben, daß beim Reichsministerium des Innern die Leitung der gesamten Maßnahmen des Lustschusses liegt und bei dem Ministerium die von den anderen Ministerien geleistete Arbeit zusammengefaßt wird.

Zweitens: Die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung erklärt in einem vor Bekanntwerden der obigen Mitteilung geschriebenen Artikel, unter der Überschrift: „Lustschuß“:

„Und da leben wir, daß alle diese Pläne nichts anderes sind, als ein Teil jener umfangreichen militärischen Aufstellung, die die Bourgeoisie seit einigen Jahren betreibt.“

Womit die Leipzigerin ungewollt aber doch klipp und klar feststellt, daß der Sozialdemokrat Gebering, der in Verbindung mit dem Reichswehrministerium den Lustschuß organisiert, Vorbereitungen für einen Krieg trifft.

Die Frage des Lustschusses ist durch den Rücktritt des früheren Reichswehrministers Krohn vom Vorsitz des Vereins Deutscher Lustschuß zur öffentlichen Debatte gestellt worden. Und das ist gut so, da diese Frage so wichtig ist, daß über sie in der proletarischen Öffentlichkeit breitere Aufklärung geschaffen werden muß.

Englisch-französischer Panzerplattenpakt

Neue Enthüllungen über das englisch-französische „Marineabkommen“

Vor wenigen Tagen veröffentlichten die englische und die französische Regierung unter dem Druck des amerikanischen Kapitalismus die Weißbücher über ihr „Marineabkommen“.

Produktion von Kriegsmaterial für das eigene Land, nicht aber für den Export gelte. Am bedeutendsten sind die Ausführungen des Daily Herald über die politischen Hintergründe dieses Streits und das Abkommen.

„Für uns handelt es sich nicht um Stahlblockfragen, vielmehr um ihre Beziehung zur Regierungspolitik. Es ist klar, daß ein Abkommen wie das vorliegende, nicht ohne die Kenntnis und die Einwilligung der Admiralität und des französischen Marineministeriums zustande kommen konnte.“

„Es ist vollständig klar, daß die französischen Flottenführer ihre Einverständnis nicht dazu hergegeben hätten, ihre Flotte von den britischen Stahlblöcken abhängig zu machen.“



Ein harmloses Spiel

Die offiziellen englischen und französischen Kommentatoren stellen das neue französisch-englische Bündnis als eine durchaus harmlose Angelegenheit dar. Es braucht sich also niemand zu wundern, wenn demnächst Matrosen und Soldaten Kinderpiele aufführen und die Panzerkreuzer verschimmeln...

versucht sie ihr Ziel auf Umwegen zu erreichen. Es bleibt nicht bei der Verfeinerung der Bevölkerung mit Gasmasken, sondern hinter den Kulissen werden noch weitergehende Maßnahmen getroffen.

Wenn politische Karren darauf hinweisen, daß Deutschland ja gar keine Militärflugschiffe bauen dürfe, so ist darauf zu erwidern, daß heute jedes Verkehrsflugzeug innerhalb weniger Stunden in ein Bombenflugzeug umgewandelt werden kann.

Die Leipziger Volkszeitung, die jetzt ihre von uns oben zitierten Worte bitter bereut, da ja ihr eigener Parteigenosse, Gebering, dadurch aufs schwerste belästigt wird, schließt ihren Artikel mit den Worten:

„Und wie sie (die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Die Red.) alle Mittel zur Vorbereitung eines neuen Krieges ablehnt, so muß sie auch die Mittel für den Lustschuß, den wir allen und erst recht den militärischen verweigern.“

Das Hauptorgan der Linken in der SPD soll sich nicht so aufblähen. Wann denn hat die Reichstagsfraktion der SPD „alle Mittel zur Vorbereitung eines neuen Krieges abgelehnt“? Sie bewilligte die Etats für Reichswehr und Marine, ihre ausgesprochenen Kriegswerkzeuge der Transibourgeoisie. Ja, sie hat sogar 1926 der Erhöhung des Reichswehrhaushalts von 500 auf 750 Millionen zugestimmt.

Der Lustschuß und die übrigen offenen und verdeckten Aufstellungen der deutschen Bourgeoisie mit Hilfe der SPD-Führer sind eine ungeheuer ernste Bedrohung der Sowjetunion und des deutschen Proletariats, das alle seine Kräfte zusammenballen muß, um der bürgerlich-reformistischen Kriegstreiber Herr zu werden.

Verteidigung der Sowjetunion ist Hochverrat!

Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts wurde Genosse Otto Steinicke als Redakteur der Roten Fahne zwecks Einleitung eines Hochverratsverfahrens (§ 86 des StGB, Abschnitt 7 des Reichsstrafgesetzbuchs) vom Amtsgericht Charlottenburg verantwortlich verurteilt.

„Verteidigt die proletarische Sowjetunion gegen die Kriegspläne der Kapitalisten! Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland, für euch, für uns kann es nur einen Krieg geben, den Krieg aller Werktätigen gegen das Kapital, den Krieg der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie.“

Besonders der letzte Absatz der Manifestation des Zentralkomitees der SPD hat es dem Oberreichsanwalt angetan. Dort heißt es:

„Fällt den Kriegstreibern in den Arm, bereitet den 7. November auch für Deutschland vor, den Tag, von dem an Deutschland keinen imperialistischen Krieg mehr führen wird, den Tag, an dem die Arbeiter die Herrschaft des Sozialismus und des Friedens errichten werden!“

In derselben Nummer der Roten Fahne befindet sich ein Aufruf der Berliner Parteiorganisation der SPD, der Kommunistischen Jugend und des Roten Frontkämpferbundes.

„Nieder mit den sozialdemokratischen Führern, die die Vorbereitung zum nächsten imperialistischen Krieg bedeuten! Für die Verteidigung Sowjetrußlands, der großen proletarischen Friedensmacht der Welt. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, das ist der revolutionäre Kampf an der Seite der kommunistischen Partei, der kommunistischen Internationale, gegen die Ausbeuter der Welt und ihre reformistischen Vataken.“

Bei seiner Vernehmung erklärte der Genosse Steinicke, daß er die volle präventive Verantwortung für die betreffenden Aufrufe übernehme, und er lehnte es kategorisch ab, sich in der Voruntersuchung zu äußern, erst in der Hauptverhandlung werde er den wertvollen Massen Deutschlands Rede und Antwort stehen.